



Informationen des Stadtverbands 7/8-2022

Wahlkampf

Im Laufe dieses schönen Sommers gelangte das Schullandheim Bederkesa in die Schlagzeilen. Ein Renovierungsbedarf von mindestens mehr als einer Million Euro und eine Schließung vermutlich bis 2025 lautete die nüchterne Zusammenfassung der Fakten. Damit zeichnet sich eine Einschränkung für mögliche Klassenfahrten und Reisegruppen aus Vereinen und Organisationen ab. Bederkesa war beliebt, der Buchungsumfang hatte wieder an Schwung gewonnen.

In der Einschätzung der Auswirkungen für die Schulen wurde von der einen Seite der politisch Verantwortlichen die Zuversicht vermittelt, man würde für die Zeit der Instandsetzung Alternativen finden. Die andere Seite (vor allem der Parteipolitiker*innen) witterte die Chance, das Heim zu verkaufen oder privatisiert betreiben zu lassen. Das spare, so das Argument, einiges an Geld.

Spätestens an dieser Stelle zeichnet sich ab, dass es nicht nur um einen attraktiven Ort insbesondere für Grundschulkindern aus einer ökonomisch nicht gerade gesegneten Großstadt (ist man per Definition ab 100.000 Einwohnern) geht. Für viele Kinder ist eine solche Fahrt nach Bederkesa die erste Erfahrung mit einem Aufenthalt außerhalb Bremerhavens. Insbesondere wird die Frage in den Raum gestellt, ob es sich Bremerhaven leisten **soll**, ein eigenes Schullandheim in städtischer Verantwortung zu betreiben, einschließlich Reparaturkosten und jährlichen Zuschüssen.

Es zeigt sich die große Politik im Kleinen und das Allgemeine ihrer Auseinandersetzungen in dieser spezifischen Angelegenheit. In dieser „großen“ Politik werden gerade erhebliche Auseinandersetzungen dahingehend geführt, ob man sich – neben der Ukraine-, Energie- und Klimakrise – überhaupt noch der Bildungskrise widmen kann, ob die Politik „die Kraft, das Geld und

den Willen“ aufbringt, wirksam zu handeln (Munzinger).

In dieser weiterhin und seit Jahrzehnten währenden „Bildungskatastrophe“ bleiben die Daten konstant beängstigend: Sogar der Nationale Bildungsrat beziffert die Anzahl fehlender Lehrkräfte bis 2030 mit 30.000 und die der fehlenden Pädagog*innen für Ganztagsangebote mit 60.000. Dass der Bildungsforscher Klaus Klemm in seinen Berechnungen noch einige Zehntausend Arbeitskräfte drauflegt, liegt daran, dass er beim status quo in den Schulen nicht bleiben will, sondern dringend notwendige (und z.T. längst beschlossene) Innovationen tatsächlich einrechnet.

Außerdem sinken, das hat nun das „amtliche“ Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in umfangreichen Studien ausgerechnet, die schulischen Leistungen, unglücklicherweise allerdings schon seit einer Zeit deutlich vor Corona, so dass dieses gern genutzte Argument hier nicht ausschließlich verfängt. Die Anzahl der Viertklässler, die den Mindeststandard nicht erreichten, lag 2011 bei 12%, 2016 bei 15% und befindet sich aktuell auf einem Stand von 22%. **Zugenommen** allerdings hat der Einfluss des Elternhauses auf den Schulerfolg – und das nach dem Aufschrei im Anschluss an die erste PISA-Untersuchung. Diese ist, zur Erinnerung, auch schon mehr als zwanzig Jahre her.

Und vor diesem Hintergrund treten wir in den Wahlkampf ein. Man soll sich nicht der falschen Einschätzung anschließen, der Wahltermin für Bürgerschaft und Stadtverordnetenversammlung am 14. Mai 2023 sei ja noch etwas hin, denn: Herbstzeit ist Sitzungszeit. Wahlprogramme werden in Kürze abgestimmt!

Dazu liefert Niedersachsen einen Vorgeschmack. Konservative Gruppierungen mit der FDP an der Spitze werben derzeit für ein Volksbegehren zur Beibehaltung der Förderschulen. Man spürt ziemlich



zügig, woher der Wind wehen wird, wenn man die Debatte um die Schuldenbremse im Bund in die Überlegungen einbezieht. Auf allen Ebenen der politischen Auseinandersetzung nehmen wir Kräfte wahr, die mit allem, was sie aufbringen können, ausschließlich individuelle Rechte und Privilegien verteidigen – bis hin zur uneingeschränkten Geschwindigkeit auf der Autobahn.

Carolyn Emcke, immerhin Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, nennt das „orthodoxe Verklemmung“, andere Kommentator*innen halten fest, dass Vertreter*innen dieser politischen Auffassung die hehren marktwirtschaftlichen Prinzipien konsequenterweise nur dann umwerfen, wenn es um den Tankrabatt geht (Hinck). Erleichterungen für die Allgemeinheit, beispielsweise eine Verlängerung des „9-€-Tickets“ oder ein Gaspreisdeckel, sind dann leider nicht mehr bezahlbar.

Bei unserem schnuckeligen Schullandheim in beschaulicher Umgebung geht es also nur einerseits um das Wohlergehen von Kindern. Grundsätzlich dreht sich die Auseinandersetzung andererseits um ein Verständnis von den Aufgaben des Staates, u.a. denen der Kommunen, um Armut und Reichtum und um Teilhabe der gesamten Bevölkerung.

Das steht, zumindest partiell, auch im Mai 2023 zur Abstimmung. Wir sollen den Wahlkampf genau beobachten, als Gewerkschaft gezielt eingreifen und am Wahltag die Kreuze richtig setzen. Wahlenthaltung in unserem politischen System, das ist sicher, hilft nur den Rasern.

Anregungen entnommen aus:

Emcke: Wahre Freiheit, in: Süddeutsche Zeitung vom 30./31. Juli 2022, S. 5

Hinck: Hermetische abgeriegelte Sekte, in: taz vom 11./12. Juni 2022, S. 2

**Wichtig - Wichtig – Wichtig
Teil 1**

Es gibt noch Karten!
75 Jahre GEW Bremerhaven - Let's Party
Sa., 3. September, ab 18.00 Uhr
Oberschule Geestemünde, Flensburger Straße 10

**Wichtig - Wichtig – Wichtig
Teil 2**

„So sieht's aus“
Treffen der Betriebsgruppensprecher:innen zur aktuellen Situation nach Schuljahresbeginn
Mi., 7. September, 16.00 Uhr
Lutherschule, Dionysiusstr. 52

Schon´mal vormerken:

Fr., 26. August – Sa., 27. August
Marschenhof Wremen
Wochenendseminar des erweiterten Vorstandes

Fr., 23. September – Sa., 24. September
Marschenhof Wremen
Wremer Reflexionen

Di., 11. Oktober – Mi., 12. Oktober
Bürgerzentrum Vahr
Bremischer Gewerkschaftstag